Rheder Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt
Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstraße 14 Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Wolfing. Werth: Th. Parras.
Verlagsort: Dortmund 1

Nummer 8 | Sonntag, den 8. Januar | Jahrgang 1928

Die standesherrlichen Renten.

Der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff hat die Abschlagszahlungen an die Standesherren gesperrt, nachdem die Fürsten Salm-Salm, Salm-Horstmar und der Herzog von Arenberg gegen den preußischen Staat Klage angestrengt haben, um eine über 12 Prozent hinausgehende Aufwertung ihrer Renten zu erreichen. Es ist anzunehmen, daß das Vorgehen Preußens nunmehr die Frage, in welcher Höhe die standesherrlichen Renten aufgewertet werden sollen, in etwas schnellerem Tempo, als bisher die Verhandlungen darüber verlaufen sind, der Entscheidung zuführen wird.

Die Verhandlungen über die Aufwertung der standesherrlichen Renten schweben zwischen der Reichsregierung und dem preußischen Staatsministerium schon nahezu ein Jahr lang. Aber eine Einigung hat sich bisher nicht ergeben. Die Auffassungen der beiden Stellen gehen noch stark auseinander. Schon im Februar 1927 unterbreitete die preußische Regierung der Reichsregierung den Entwurf eines Gesetzes zur Ablösung der Staatsrenten der früheren Landes- und Standesherren und sonstiger wiederkehrender Leistungen. Der preußische Vorschlag sah allgemein eine Aufwertung von 12½ v. H. vor. Dabei sollten aber diejenigen Renten, die aus Leibeigenschaftsrechten, und solchen standes- und landesherrlichen Rechten, die es heute nicht mehr gibt, hergeleitet wurden, als spätestens durch das preußische Adelsgesetz vom 23. Juni 1920 abgelöst gelten. Die Reichsregierung schlug allgemein nur einen Aufwertungssatz von 8 v. H. vor, jedoch sollten die Renten aus Liegenschaften mit 25 v. H. aufgewertet werden. Darüber hinaus verlangte die Reichsregierung [illegible] für solche Renten, die zur Unterhaltung historisch wertvoller Anlagen dienen. Die endgültige Bemessung dieser Renten sollte ein noch einzusetzender Gerichtshof feststellen. Preußen war geneigt, sich der Tendenz dieses Gedankenganges anzuschließen, wollte jedoch eine feste Grenze und eine Beschränkung dahingehend festsetzen, daß diese Renten ausschließlich zur Unterhaltung der in Frage stehenden Baulichkeiten dienen sollten. Eine noch höhere Aufwertung verlangte Reichsjustizminister Hergt für die sogenannten Unterhaltungsbeiträge, d. h. diejenigen Renten, die zum Unterhalt einzelner Mitglieder der fürstlichen Familien dienen. Auf diese Weise sollten weitere Renten für die Apanagen erlangt werden. Preußen will diese Ansprüche beschränken auf Pensionsverpflichtungen, wodurch eine Reihe von den Fürsten abhängiger Personen ihre Pensionen erhalten sollen. In diesem Falle würde die preußische Regierung einer erhöhten Aufwertung um weitere 15 v. H. zustimmen.

Wie der Demokratische Zeitungsdienst erfährt, müssen in diesem Zusammenhang auch die Rentenansprüche geregelt werden, die rein formal noch einige deutsche Länder gegen Preußen geltend machen können. Es handelt sich dabei um eine Rente des Landes Lippe-Detmold für Abtretung der mitlandesherrlichen Rente über die Stadt Lippstadt, die sogenannte „Lippstädter Rente". Die westfälische Kreisstadt Lippstadt, die die Gründung eines Ahnen der späteren lippischen Dynastie ist, gehörte nämlich bis zur Mitte des vor. Jahrhunderts zur Hälfte dem Fürsten zur Lippe. Ihr völliger Uebergang an Preußen wurde durch die vorgen. Rente entgolten. Es kommt weiter in Frage eine Rente des Landes Thüringen als Rechtsnachfolger des Großherzogtums Weimar für Aufhebung des „Geleits in Erfurt und Gotha", eines Staatsservituts, bestehend in dem Recht Weimars, den Reisenden und Warentransporten auf den Geleitstraßen gegen Erhebung von Abgaben Sicherheit zu gewähren, das sogenannte „Weimarer Geleit". Als dritte Rente kommt in Frage eine Rente des Landes Oldenburg als Beitrag für die Unterhaltungskosten der Kirchen, Schulen und Armenanstalten in Eutin. Diese Rente, das sogenannte „Gottorper Legat", fußt auf dem Testament des Bischofs von Lübeck aus dem Jahre 1645. Schließlich beziehen noch 40 Dorf- und Stadtgemeinden Renten für Aufhebung des Rechts auf Erhebung von Fluß- und Brückengeldern, Schleusenabgaben und Stapelgelder, Pflaster-, Tor- und Wegegeld, sowie für Aufhebung gewerblicher Zwangs- und Bannrechte.

Außer diesen Renten, die aus dem Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung zu zahlen sind, sind aus Mitteln des preußischen Haushalts, insbesondere im Geschäftsbereich der Minister für Volkswohlfahrt, Wissenschaft, Landwirtschaft und des Innern noch zahlreiche andere Renten ähnlicher Art zu zahlen.

Es ist wirklich an der Zeit, daß mit all diesen Ueberbleibseln aus dem Mittelalter oder aus absolutistischer Zeit aufgeräumt wird, und es wäre darum zu wünschen, daß die Verhandlungen zwischen Preußen und dem Reich nunmehr zum Ziele führen. Reichsjustizminister Hergt wird sich dabei allerdings dem Standpunkt der preußischen Regierung noch erheblich nähern müssen. Handelt es sich bei diesen Renten auch nicht um Riesensummen, so würde man es doch nicht verstehen, wenn in diesem Falle über das aus rechtlichen Gründen Notwendige hinausgegangen würde.

London unter Wasser.

Große Themse-Ueberschwemmungen.

(-) **London**, 7. Jan. Heute in der ersten Morgenstunde trat die Themse bei Westminster über die Ufer, sodaß dort der Straßenbahnverkehr eingestellt werden mußte. Beim Parlament erreichte das Wasser den Fuß des Big Ben, des bekannten Parlamentsturmes mit der Parlamentsuhr. Am schlimmsten war die Ueberschwemmung bei der Charing Cross- und der Waterloo-Brücke. Am ganzen Ufer standen „gestrandete" und verlassene Straßenbahnwagen. Die Unterführung bei der Westminster Brücke stand vier Fuß unter Wasser. Miniaturwasserfälle entstanden bei dem „Nadel der Kleopatra" genannten Obelisken. Ein Uebungsschiff in der Nähe von Blackfriars schwamm in Straßenhöhe. Auch außerhalb Londons stehen tiefer liegende Teile des Themse-Ufers unter Wasser.

:: **London**, 7. Jan. Das Hochwasser der Themse, durch das, wie gemeldet, in der vergangenen Nacht auch die am Fluß liegenden Viertel Londons in Mitleidenschaft gezogen wurden, hat in Battersea, Popler und Greenwich große Ueberschwemmungen hervorgerufen. In London selbst ist das Wasser wieder zurückgegangen und der Straßenbahnverkehr konnte bereits wieder aufgenommen werden. In den Straßen am Themseufer stieg das Wasser vier bis fünf Fuß hoch, sodaß hier die Bewohner der unteren Stockwerke ihre Wohnungen vorübergehend verlassen mußten. In der Horseferrystraße wurde ein Mann im Schlaf von den hereinbrechenden Fluten überrascht; er ertrank.

*

Zahlreiche Personen ertrunken.

(-) **London**, 7. Jan. Der Sturm, der gestern über fast ganz England und Irland fegte, war einer der heftigsten, der in den letzten Jahren herrschte. Am stärksten wütete er in Nordostengland, wo der Sturm zeitweilig eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 85 Meilen in der Stunde hatte. Sechs Menschen kamen ums Leben, hunderte wurden verletzt und großer Schaden angerichtet. Viele Straßen wurden durch umstürzende Bäume versperrt, die an einer Stelle auf Kraftwagen und Omnibusse fielen. Auch Züge wurden aufgehalten. In Nottingham wurden eine Anzahl Dächer vom Winde hinweggefegt. Innerhalb der Stadt mußten über 20 Personen in den Hospitälern wegen Verletzungen behandelt werden. Ein Gerüst in Belfast, auf dem acht Männer arbeiteten, wurde umgestürzt. Die Arbeiter fielen 40 Fuß tief und wurden alle verletzt. Drei von ihnen erlitten Beinbrüche.

London, 7. Jan. Bei den Ueberschwemmungen im Westminster-Viertel sind 11 Personen ertrunken. Vier weitere Personen werden vermißt.

*

Hilflos mitten auf dem Bodensee.

(!) **Konstanz**, 7. Jan. Bei einem gestern mittag über dem Bodensee herrschenden sehr starken Weststurm erlitt der von Rorschach nach Friedrichshafen befindliche württembergische Dampfer „König Karl." auf dem sich u. a. 60 Passagiere aus Berlin befanden, auf der Seemitte einen Maschinenschaden, sodaß er den rasenden Elementen preisgegeben war. Auf seine Notsignale, Kanonenschüsse und Leuchtraketen hin, entsandte die Dampfschiffahrtsverwaltung einen Dampfer zu Hilfe. Mittlerweile hatte ein Motortrajektkahn den Dampfer ins Schlepptau genommen. Unterwegs des Hafens jedoch riß das Drahtseil. Die Friedrichshafener Verwaltung entsandte daher wiederum einen Hilfsdampfer, doch riß das Schleppseil nochmal. Endlich, nach zweistündiger Verspätung konnte das Schiff in den Hafen bugsiert werden.

Militärische Frachtbriefe.

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter.

Den Haag, den 5. Januar 1928.

Es hat sich wieder einmal bestätigt, daß die niederländische Presse eine der am besten informierten in Europa ist und daß sie die Pflichten, die der Presse eines neutralen und friedliebenden Landes obliegen, gewissenhaft erfüllt. Leider werden die Warnungen, die sie ausspricht, von der öffentlichen Meinung der anderen Länder meist absichtlich, zuweilen auch wohl unabsichtlich, überhört. Das mag wohl damit zusammenhängen, daß in diesem zur Weihnachtszeit von Friedensversicherungen angeschwellten und überlaufenden Europa jeder — man verzeihe den volkstümlichen Ausdruck — Butter auf dem Kopf hat und die Sonne der Wahrheit fürchtet.

Bereits vor einiger Zeit haben holländische Blä[illegible] gemeldet, daß Ungarn ein falsches Spi[illegible] treibe, daß Waggons mit Waffen und Munition [illegible] angebliches Transitgut für die Türkei den magyari[illegible] Globus passieren, aber das angegebene Bestimmu[illegible] land nie erreichen. Diese „Durchgangssendun[illegible] bleiben in ungarischen Stationen hängen, werden [illegible] Soldaten ausgeladen und in ungarische Kriegsde[illegible] überführt. Entgegen den Bestimmungen des Vertra[illegible] von Trianon, so versicherten die holländischen Blä[illegible] rüste Ungarn sich nun mit Waffen und bereitet sich [illegible] Kriege vor. Man glaubte in Europa diese Dinge [illegible] oder tat so, als ob man sie nicht glaube — bi[illegible] Nachricht von dem an der Grenzstation St. G[illegible] entdeckten Waffenschmuggel die öffentliche Me[illegible] zwang, die Augen zu öffnen. Auch diesmal wieder spielt ein gefälschter Frachtbrief eine Rolle: die fünf Waggons Maschinengewehre sind nach Polen deklariert. Sie kommen aus Italien, das gewiß für Polen keine Bezugsquelle von Waffen ist, denn Polen, dem keine internationale Beschränkung seiner Rüstungen auferlegt ist, kann soviel Maschinengewehre und Munitionen, wie es will, auf offenen Wegen aus Frankreich beziehen und tut dies auch. Der polnische Gesandte in Paris hat sich denn auch beeilt, zu erklären, man habe keine Kenntnis von einer polnischen Bestellung von Maschinengewehren in Italien. Die französische Rüstungsindustrie, die an Polen einen glänzenden Kunden hat, fühlt sich durch diese Erklärung sehr beruhigt. Wer sich aber nicht beruhigt fühlt, das ist die öffentliche Meinung der Länder, die sich wie Holland nicht vom Krieg, sondern vom Frieden ernähren. Ferner die Nachbarstaaten Ungarns: die Tschechoslowakei, Oesterreich, Jugoslawien. Man verlangt im Haag, der ja eine der Zentralwerkstätten des Weltfrieden ist, die niederländische Regierung möge durch ihren Vertreter beim Völkerbund eine Untersuchung über den Ursprung der geheimnisvollen Waffensendungen und über den mit den falschen Frachtbriefen getriebenen Mißbrauch verlangen. Das Verlangen nach einer solchen Untersuchung wird jedenfalls von Belgrad und Prag lebhaft unterstützt werden, und auch Paris, das ja mit den genannten Hauptstädten in inniger militärischer und politischer Verbindung steht, wird sich von dorther ausgedrückten Wünschen nicht entziehen können. Auch das Deutsche Reich würde sich wohl im Interesse des von Ungarn schon ganz offen bedrohten Oesterreichs um die Aufklärung der Sache bemühen dürfen. Die Zeit, in der deutsche Männer bereit gewesen wären, Ungarn bei der Wiedereroberung des Burgenlandes zu helfen, ist ja nun wohl vorüber. Selbst Italien müßte ein Interesse daran haben, sich von dem Verdacht zu befreien, daß es, im Widerspruch zu dem von ihm mitunterzeichneten Vertrag von Trianon, das vorn entwaffnete Ungarn durch die Hintertür mit Kriegsgerät versorge. Bei aller Großmäuligkeit, mit der Mussolini vom Krieg redet, wird er ja doch immer sehr klein, wenn er ernsthaft darauf gestellt wird; er trieft dann von Friedensversicherungen und erklärt alle Pakte, die er schließt, aus der Notwendigkeit, dem Postament des Friedensengels eine immernoch festere Basis zu untermauern. Selbstverständlich wird Mussolini von den Waffensendungen und den falschen Frachtbriefen nichts ahnen, denn solche Kleinigkeiten geschehen ja in einem Lande, wo der Faschismus seine Nase in jeden Quark steckt, durchaus ohne Wissen der Regierung.

Man setze sich über die Aufregung des „kleinen" Holland nicht hochmütig hinweg. Hier sitzt ein Volk von ruhiger Umsicht und geistiger Stärke, dessen Zuneigung während des Weltkrieges von allen kriegführenden Parteien stark umworben worden ist. Ich kenne kein Land, dessen Presse ein so unparteiisches und umfassendes Weltbild gibt, wie es die großen Blätter des Haag, von Rotterdam und Amsterdam tun. Die Lage am Meer, die Verbindung mit der tropisch-asiatischen Inselflur — Holland ist die einzige Kleinmacht, die große, blühende, dichtbevölkerte Kolonien besitzt —, all das gibt Holland die besondere Stellung unter allen neutralen Mächten, macht es bedeutungsvoller als z. B. die Schweiz und sichert jeder Bewegung hier lauten Widerhall in Europa. Es bleibt ein großes Verdienst

Zwanzig Todesopfer der Explosionskatastrophe.

Fragen, die der Klärung bedürfen.

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 7. Jan. (Drahtb.)

Die Aufräumungsarbeiten an der grauenhaften Stätte des eingerissenen Hauses in der Landsberger Allee sind zwar noch nicht beendet; aber bevor noch alle Leichen geborgen sind, kann man sagen, daß die furchtbare Katastrophe 20 Todesopfer gefordert hat. Davon wurden bereits 16 Leichen gefunden, 4 liegen noch unter den Trümmern. Wann es möglich sein wird, die letzte Leiche zu bergen, ist noch gar nicht abzusehen, da sich die Aufräumungsarbeiten sehr lange hinziehen und wahrscheinlich nicht vor Sonntag, vielleicht sogar nicht vor Montag beendigt sein werden. Die Feuerwehrleute, die sonderbarerweise nur in sehr geringer Zahl zu den Arbeiten eingesetzt sind, kommen nur sehr langsam vorwärts. Da das Durchsuchen der Trümmer von Anfang an sehr schlecht organisiert war, muß vielfach doppelte und dreifache Arbeit geleistet werden.

Anläßlich eines solch entsetzlichen Unglücks muß mit allem Nachdruck die Frage nach der Ursache der Explosion aufgeworfen werden. Zuerst war man völlig ratlos. Niemand konnte sich darüber klar werden, durch welche Kräfte eine solche Gewalt ausgelöst werden konnte. Man stand vor einem Entweder — Oder: Entweder ist es eine Ammoniakexplosion oder eine Gasexplosion. Nachdem die Schuttmassen zum Teil weggeräumt waren, konnte erst festgestellt werden, daß eine tief in die Kellerräume eingebaute Ammoniakmaschine völlig unbeschädigt geblieben ist. Es blieb endlich nur die Möglichkeit einer Leuchtgasexplosion. Die angerichteten Verwüstungen zeigen auch das gleiche Bild, wie man es aus früheren Gasexplosionen kennt. Die Staatsanwaltschaft hat dann auch nach dieser Seite hin das Ermittelungsverfahren eingeleitet. Erklärend kommt hinzu, daß am Tage vor dem Unglück Arbeiter der städtischen Gaswerke von der Straße aus eine neue Gasleitung in das Haus hineingelegt haben. Es handelt sich nun darum, festzustellen, ob die neue Leitung schon unter Druck gestanden hat oder nicht. Erst wenn die Schuldfrage geklärt ist, wird an die Regelung des Schadenersatzes herangetreten werden können. Zunächst muß geklärt werden, ob die Explosion durch ausströmendes Gas herbeigeführt ist, und hernach, ob das Ausströmen des Gases auf mangelhafte Abdichtung des Zuleitungsrohres oder auf sonstige fehlerhafte Maßnahmen zurückzuführen ist. Sobald irgendwie Klarheit geschaffen ist, kann weiter gefragt werden, an wen sich die Geschädigten zu wenden haben. Bei Aufklärung der Rechtslage darf es aber nicht sein Bewenden haben. Die Stadtverwaltung hat bereits weitgehende Hilfsmaßnahmen ergriffen, und andere Instanzen bemühen sich ebenfalls um die Minderung der materiellen Not der Verunglückten und der Hinterbliebenen.

Briands Antwort an Kellogg.

Paris, 7. Jan. Wie Havas aus Washington berichtet, nimmt die französische Antwortnote in der Frage der Friedenspaktverhandlungen den Vorschlag Kelloggs an, der anregt, daß die eventuelle Verständigung, anstatt auf die Vereinigten Staaten und Frankreich beschränkt zu bleiben, wenigstens auf die hauptsächlichsten europäischen Nationen, sowie auf die anderen Länder, die geneigt sein würden, dem Vertrage beizutreten, ausgedehnt werden soll. Briand regt jedoch seinerseits an, daß der amerikanische Vorschlag in der Weise ergänzt werden kann, jeden Angriffskrieg als Mittel der nationalen Politik zu ächten und nicht jeden Krieg schlechthin, was sich sonst auch auf Maßnahmen defensiver Art beziehen würde.

Im übrigen teilt Havas mit, daß die Veröffentlichung der Antwort Briands an Kellogg erfolgen wird, sobald das französische Ministerium des Aeußeren von der Ueberreichung des Briefes durch den französischen Botschafter in Washington, Claudel, Kenntnis erhalten haben wird.

Deutschland und die Frage eines französisch-amerikanischen Antikriegspaktes.

Berlin, 7. Jan. Die Antwort der Vereinigten Staaten an Frankreich in der Frage des Antikriegspaktes ist laut „DAZ" auch der deutschen Botschaft in Washington amtlich zur Kenntnis gegeben worden. In dieser diplomatischen Handlung, so bemerkt das Blatt dazu, haben die Vereinigten Staaten von Amerika noch einmal den in ihrer Note an Frankreich bekundeten ehrlichen Willen unterstrichen, die Bestrebungen zur Sicherung des Friedens der Welt auf alle Mächte auszudehnen. In Deutschland wird dieser gute Wille Amerikas ohne Einschränkung anerkannt und begrüßt werden, in der Hoffnung, daß die Initiative des französischen Außenministers und Antwort des Staatssekretärs über alle Schwierigkeiten hinweg dazu helfen mögen, den wahren Frieden herbeizuführen, für den Deutschland schon so große Opfer gebracht hat. Das ist der einzige Gesichtspunkt, unter dem Deutschland an der Weiterentwicklung der Frage interessiert ist.

Verbot der Verwendung von U-Booten im Kriege?

-l- **Washington**, 7. Jan. Das demokratische Mitglied des Repräsentantenhauses Edward, der [illegible]

Umtriebe aufmerksam gemacht zu haben und eine große Genugtuung, daß ihre Informationen so zutreffend bestätigt worden sind.

Polen und Litauen.

Man hat es als einen erheblichen Erfolg der letzten Völkerbundstagung in Genf bezeichnet, daß der zwischen Polen und Litauen bestehende Kriegszustand aufgehoben worden ist und daß damit die Bahn für die Verhandlungen über die zwischen beiden Ländern strittigen Einzelfragen geöffnet wurde. Inzwischen zeigt es sich, daß diese formale Beendigung des Kriegszustandes, die bekanntlich mit einer theatralischen Umarmung von Pilsudski und Woldemaras verbunden war, praktisch völlig wertlos geblieben ist. Die gewünschten Verhandlungen haben bisher noch nicht begonnen. Woldemaras macht ihren Beginn von der praktischen Anerkennung des Vertrages von Suwalki durch Polen abhängig. Dieser Vertrag, der am 20. Oktober 1920 in Kraft treten sollte und eine provisorische Regelung der beiderseitigen Beziehungen enthält, ging von der Voraussetzung der Zugehörigkeit des Wilnaer Gebietes zu Litauen aus. Am 9. Oktober 1920 ist das Wilnagebiet durch den Polengeneral Zeligowski besetzt worden, also 11 Tage vor Inkrafttreten des Vertrages. Wie Woldemaras hervorhebt, ist dieser Vertrag von Polen noch nicht für ungültig erklärt worden. Woldemaras ist darüber hinaus der Auffassung, daß die Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 15. März 1923, die das Wilnaer Gebiet bei Polen belassen wollte, durch den Völkerbundsrat im vorigen Monat als nicht verbindlich für sich erklärt worden sei.

Diese Vorbedingungen des litauischen Diktators für die Anbahnung von Verhandlungen werden selbstverständlich von den Polen nicht anerkannt. Es ist zu Verhandlungen mit Litauen über alle strittigen Einzelfragen bereit nur nicht über die Frage des Wilnagebietes. Von einer Entspannung zwischen Polen und Litauen kann also keine Rede sein. Litauen hat das juristische Recht für sich. Es gibt keinen Rechtsanspruch Polens auf das Wilnagebiet. Aber Recht und Politik sind nicht erst seit dem Kriege und dem Versailler Vertrage verschiedene Dinge und es ist fraglich, ob sich das kleine Litauen einem erneuten Druck der Großmächte, wie er bereits von französischen Zeitungen gefordert wird, lange widersetzen kann. Der Kriegszustand dauert also trotz des Genfer Friedensbeschlusses fort. Es gibt keinen normalen Grenzverkehr zwischen Polen und Litauen. Ein Zustand, der nicht nur die Interessen dieser beiden Nachbarvölker betrifft, sondern auch starke englische Interessen. Die Engländer haben im Wilnaer Gebiet große Holzindustrien entwickelt und können den Memelfluß wegen der litauischen Grenzsperre als Transportgelegenheit nicht benutzen. Außerdem hat England im letzten Jahre den starken polnischen Grenzwall gegen das bolschewistische Rußland schätzen gelernt. Man erwartet, daß die Frühjahrskonferenz des Völkerbundrates sich mit dem gesamten Fragenkomplex von neuem befassen muß.

★

Eine neue deutsche Klage gegen Polen.

× Haag, 7. Jan. Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung des deutschen Geschäftsträgers im Haag beim ständigen internationalen Gerichtshof eine neue Klage gegen die polnische Regierung anhängig gemacht. Diese Klage stützt sich auf die Minderheitsbestimmungen der Genfer deutsch-polnischen Konvention vom 15. Mai 1922 und bezieht sich auf den bekannten oberschlesischen Schulstreit.

Aufstandsbewegung im Missionsgebiet von Belgisch-Kongo.

× Brüssel, 7. Jan. Nach Berichten von Reisenden, die aus dem Kongo-Gebiet in Antwerpen eingetroffen sind, hat sich der Stamm der Bogok in der Gegend südlich von Kikwit-Kikandji im Missionsgebiet von Kwango erhoben und mehrere Missionare getötet. Im Kolonialministerium erklärt man nichts über diesen Zwischenfall zu wissen.

Europarundflug zweier deutsch-amerikanischer Flieger.

◆ Berlin, 6. Jan. Heute sind die deutsch-amerikanischen Piloten Willibald Aribert Seppelt und George Kern bei schlechtem Wetter auf ihrem Europaflug auf dem Flugfeld in Aspern gelandet. Der Zweck ihres Fluges ist, die Möglichkeit zu zeigen, auch im Winter mit einem Leichtmotor-Flugzeug die schwierigsten Luftstrecken zu bewältigen. Seppelt, ein gebürtiger Berliner, der im Kriege deutscher Flieger an der Westfront war und sich dann in den Vereinigten Staaten niedergelassen hat, und Kern, der wohl Newyorker Kind, dessen Eltern aber aus Tübingen stammen, haben von Württemberg aus Deutschland, Belgien, Frankreich und Italien durchflogen, um dann die Bezwingung der Alpen zu versuchen. Es ist das erstemal, daß ein Leichtflugzeug den Flug durch die berüchtigte Fella-Schlucht bei einem Bora-Sturm von 90 bis 100 km Stundengeschwindigkeit gewagt und vollbracht hat. Von hier wollen die beiden Flieger nach Stuttgart zurückfliegen.

Der „Millionenerbe" von Zoppot.

Die Zeitungen brachten vor kurzem die Meldung über eine amerikanische Riesenerbschaft von 80 Millionen, die in zehn Teile nach Deutschland gefallen sei. Durch eine Zeitungsmeldung über das bevorstehende Ende des Erbschaftsprozesses wurde ein gewisser Rutkowski in Zoppot angeregt, sich als einen der Erben aufzuspielen und zwar begnügte er sich nicht mit dem Anspruch auf einen kleineren Teil des Erbes, sondern gab sich als den Haupterben des Teiles von 70 Millionen aus. Er verstand es auf eine vorläufig noch unbekannte Weise sich eine Depesche von der Dresdener Bank in Berlin zu verschaffen, nach der ihm von Amerika a conto seines Erbes 5 Millionen Dollar überwiesen seien; der Hauptteil werde bald folgen. Auf diese Depesche hin hatte nun Rutkowski in ganz Zoppot unbegrenzten Kredit. Monatelang lebte er im vornehmsten Pensionat und stellt an dieses die höchsten Ansprüche. Auch an Bargeld fehlte es ihm nicht, denn die Bürger Zoppots rechneten es sich zur höchsten Ehre an, ihm in seiner momentanen Verlegenheit auszuhelfen, besonders da er jedem, der ihm pumpte, einen Schuldschein auf das Mehrfache des geliehenen Betrages ausstellte. Besonders gesucht war seine Freundschaft deshalb, weil er seinen guten Freunden Stellungen als Direktor seiner Fabriken oder auch als Privatsekretär versprach und dieses Versprechen auch durch notarielle Verträge bekräftigte, deren Unkosten freilich zunächst einmal die Kandidaten auslegten.

Als sich seine Wohltätigkeit zu sehr herumsprach und auch die Behörden auf ihn aufmerksam zu werden begannen, wurde er ganz großzügig: er machte dem Magistrat das Angebot, der Stadt Zoppot ein neues Krankenhaus für den Betrag von 600 000 Dollar zu errichten. Die Stadtverwaltung nahm dieses Angebot ohne weiteres an, und keiner wagte, nähere Erkundigungen einzuziehen, da man besorgte, der hohe Herr könnte sonst durch das Mißtrauen beleidigt werden und seine Schenkung zurückziehen. Und Zoppot braucht ein solches Krankenhaus dringend da bis jetzt seine Kranken nach Danzig gebracht werden müssen. Wer weiß in welche Unkosten die Stadt sich noch durch den Beginn des Baues gestürzt hätte, wenn nicht ein Gläubiger Rutkowskis, der seine letzten Sparpfennige Rutkowski geliehen hatte und sich nun in großer Not befand, diesem nicht den Gerichtsvollzieher geschickt hätte. Nun kam der Stein ins Rollen und Rutkowski genießt jetzt kostenlosen Unterhalt durch den Staat, wahrscheinlich sogar für lange Zeit. Die Zoppoter kommen sich aber sehr blamiert vor.

Orkanverheerungen in Köln.

-!- Köln, 7. Jan. Das Unwetter, das gestern in Köln gewütet hat, hat an zahlreichen Stellen der Stadt schweren Schaden angerichtet, sodaß die Feuerwehr wiederholt eingreifen mußte. Zahlreiche Reklameschilder, Fensterscheiben und dergleichen wurden zertrümmert. Durch die Heftigkeit des Orkans wurde eine Mauer vom Garten des erzbischöflichen Palais niedergerissen. An einer anderen Stelle wurde ein 20 Meter hoher Schornstein niedergelegt, der das Dach des Fabrikgebäudes durchschlagen hat. In der Johannesstraße wurden 40 Meter hohe Leitergerüste wie Streichhölzer fortgeweht. Es wird von der Feuerwehr als ein ungewöhnlich glücklicher Zufall bezeichnet, daß in allen Fällen Personen nicht zu Schaden gekommen sind.

Gründung eines Bundes zur Erneuerung des Reiches.

Mitarbeit an der Beseitigung der inneren Reibungen.

× Berlin, 7. Jan. In der Berliner Industrie- und Handelskammer sind heute vormittag etwa 100 führende Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft von allen Teilen des Reiches zur Konstituierung eines Bundes zur Erneuerung des Reiches zusammengetreten, der, wie es in dem u. a. von Dr. Luther unterzeichneten Einladungsschreiben heißt, sich die Aufgabe stellt, Mitarbeit an der Beseitigung der starken inneren Reibungen zu leisten, unter denen nicht nur das Verhältnis zwischen dem Reich und den Ländern, sondern unser ganzes öffentliches Leben in Deutschland seit langem leidet. Der Zusammenschluß erfolgt unter Ausschaltung jeder parteipolitischen Richtung oder berufsständischen Einstellung. Der vorläufige Vorstand setzt sich zusammen aus: Graf Bernstorff, v. Flemming, Dr. Horion Düsseldorf, Dr. Jänecke-Hannover, Dr. Haus Luther, Dr. Karl Petersen-Hamburg, Generaldirektor Reusch-Oberhausen, Graf v. Roedern und v. Wilmowsky.

Der frühere Reichskanzler Dr. Hans Luther wurde einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Dr. Luther nahm in langen Ausführungen das Wort, in denen er die Aufgaben des Bundes darlegte.

Der Bund, so führte er aus, wolle der Verantwortung weder der Regierungskräfte noch der politischen Parteien irgendwie vorgreifen, sondern wolle sachliche Vorbereitungsarbeit leisten. Unsere wirtschaftliche Lage sei trotz der gegenwärtigen aus der Konjunktur stammenden Erleichterung so schwierig, daß es nicht einmal allein auf die Ersparnisse ankomme, die durch Einzelreformen in der Verwaltung verwirklicht werden müßten. Wir müssen vielmehr unsere ganzen Staatskräfte so zweckmäßig und wirkungsvoll ausbauen, daß sie der schweren Arbeit, die Produktivität Deutschlands auf ein Höchstmaß zu steigern, gewachsen seien. Für alle Zweige der Wirtschaft sei eine starke Entlastung notwendig, um die Ausfuhrfähigkeit zu erhöhen. Bei der Landwirtschaft bedürfe es eines besonderen zielbewußten Handelns, um den deutschen Einfuhrbedarf herabzusetzen und gleichzeitig uns die Nahrungsmittelfreiheit zu verschaffen. Alles dies sei notwendig im Interesse der Lebenshaltung und sozialen Betreuung der breiten Bevölkerungsschichten.

Der Bund benötige deshalb zu seiner Arbeit sowohl die Beteiligung der Wirtschaftsführung als auch die Beteiligung der Arbeitnehmerschaft, die zum Teil durch die Unterschriften unter dem Aufruf schon gewährleistet sei. Die allgemeine Volksüberzeugung sei von der Notwendigkeit durchgreifender Verbesserung der Reichsorganisation schon durchdrungen; sie sei hierauf besonders durch die Kundgebungen der Reichsregierung und anderer verantwortlicher Stellen sowie durch die hingebungsvolle Arbeit der Presse aufmerksam gemacht worden. Es lägen schon zahlreiche, zum Teil sehr beachtliche Einzelpläne vor, die aber in Gefahr seien, in ihrer Vereinzelung und Verschiedenartigkeit ohne Erfolg zu bleiben. Der neue Bund wolle versuchen, diese Einzelpläne in gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen, um die Bahn zu ebnen für eine Volksüberzeugung und den zweckmäßigerweise einzuschlagenden Weg. Die Annäherung verschiedenster Anschauungen werde freilich nur auf einer Linie gelingen können, die nach manchen, vielleicht noch allen Richtungen politische Grundwünsche der einzelnen oder mancher Bevölkerungsgruppen nicht voll befriedigen. Die Gründer des Bundes gingen aber von der Auffassung aus, daß es in der dringendsten Not des Vaterlandes besser sei, eine für möglichst alle Volksgenossen noch eben tragbare Lösung herbeizuführen, als durch den Kampf verschiedener Grundanschauungen das Volk auseinanderzutreiben. Die Gründer sähen eine Hoffnung für sachliche Verständigung darin, daß das Ringen der politischen Meinungen auf dem Gebiete der Verfassungsreform schon bisher ohne Gehässigkeit geführt worden sei.

Dr. Luther unterstrich dann besonders, wie wichtig die Entwicklung sei, daß die wohl unvermeidlich tief eingreifenden Anschauungen nicht auf einem außerordentlichen Wege getroffen werden müßten, wie es einstmals bei Währungsrettung durch die Ermächtigungsgesetze der Fall gewesen sei. Wenn auch das Ziel einer hinreichend starken Reichsgewalt in keiner Weise beeinträchtigt werden dürfe, so komme es doch darauf an, geschichtlich Gewordenes nicht zu zerstören; es müsse vielmehr nach Möglichkeit auf den bestehenden Grundlagen weiter aufgebaut werden. Dr. Luther betonte dann weiter, daß er keinerlei Anlaß dazu habe, das Eigenleben der dem Deutschen Reich eingegliederten Länder in Frage zu stellen. Wohl aber sehe er die Hauptaufgabe jeder Erneuerung des Reiches darin, das unorganische und die Staatskraft lahmmachende Nebeneinander der Zentralgewalten des Reiches und Preußens durch eine andere Gestaltung zu überwinden. Maßgebend für ihn, so erklärte Dr. Luther, seien diese allgemeinen Richtlinien. Auf eine bestimmtere Fassung seiner Anschauung müsse er in dieser Stunde verzichten, weil es ihm nicht so sehr darauf ankomme, die Lösung zu betreiben, die ihm am liebsten sei, als im vaterländischen Interesse an einer Lösung mitzuarbeiten, auf die möglichst viel Deutsche sich verständigten.

★

Ein Aufruf.

× Berlin, 7. Jan. Der vorläufige Vorstand des Bundes zur Erneuerung des Reiches erläßt einen Aufruf, in dem es zur Kennzeichnung der Ziele des Bundes u. a. heißt:

Die Oeffentlichkeit widerhallt vom Streit der Länder mit dem Reich über Fragen der Verwaltung und Staatsmacht. Kämpfe um die Zuständigkeit verzehren ein Uebermaß von Arbeitskraft. Aus geschichtlichem Werden erwuchsen Aufgaben des Reiches, für die in Sturmjahren eine verfassungsmäßige Formung nicht gelingen konnte. An dieser Störung gesunden Wachstums krankt unsere Zeit. Der heiße Wille, endlich die volle Einheit des Reiches zu schaffen, begegnet besorgter Abwehr, die gesunde Eigenart vor vermeintlicher Zerstörung schützen will. Diesen Streit gilt es zu enden!

Als Ergebnis der öffentlichen Erörterung steht heute fest, daß wirkliche Beilegung des Kampfes nur in umfassender Lösung zu finden ist. Die Last der Aufgaben droht, gebrechliche Teile des Reichsgebäudes zu erdrücken. Durch eine klare Abgrenzung der strittigen Belange und durch organische Gliederung der Verwaltung ist daher eine Erneuerung des Reiches herbeizuführen, die heute als geschichtliche Forderung vor uns steht. In der Stunde der Gefahr kann es keine andere Losung geben als Stärkung des Reiches. Dem Reich muß in allen für die Volksgesamtheit wichtigen Fragen die Entscheidung zustehen. Neben der Führung in der Außenpolitik, der Pflege des Rechts und dem Oberbefehl über die Wehrmacht gebührt ihm die Finanzhoheit und die Regelung aller Fragen, die für die deutsche Wirtschaftsbilanz von Bedeutung sind. Ein solches Reich muß die Staatskraft, die einst das alte Reich gebaut hat, entschlossen in den Dienst des Ganzen stellen. In einem Reich, das die Vormachtstellung für sich allein in Anspruch nimmt, kann auch bodenständige Eigenart zum Segen Deutschlands sich neu bewähren.

Dieser Festigung der Reichsgewalt muß eine solche Selbstverantwortlichkeit entsprechen, mit der die Glieder des Reiches die ihnen zufallenden Aufgaben erledigen. So erschließt sich dem einzelnen Staatsbürger wieder mehr als bisher die Möglichkeit, seine Kräfte und Fähigkeiten an der Lösung öffentlicher Aufgaben auch außerhalb der Reichsbehörden [illegible] sehen. Daneben wird die Erhaltung und bewußte Pflege der Stätten alter deutscher Kultur verhindern, daß ein Uebermaß von Zentralisation zu einer Verödung der übrigen Gebiete des Reiches führt.

Es bedarf umfassender Vorarbeiten, um einen sicheren Weg zur Beseitigung der anerkannten Mißstände zu finden. Aber Eile tut not! Es ist des deutschen Volkes nicht würdig, zu warten und die Hände in den Schoß zu legen, bis eines Tages die Vormundschaft seiner Gläubiger an die Tür pocht. Darum rufen wir den Regierungen des Reiches und der Länder zu: Ans Werk! Laßt kraftvoll weiterwirken, was Ihr begonnen habt! Fort mit dem Streit über Einzelfragen! Stellt die Einheit des Reiches voran! Sucht die neue Form für das alte Reich, gebt dem Volk Hoffnung für sein schweres Ringen!

Wegbereiter dieses Zieles zu sein ist die Aufgabe aller Männer und Frauen, die für sich die Pflicht der Mitarbeit am Staate bejahen. Unter ihnen soll sich ein Bund schließen zur Erneuerung des Reiches. Ueberall im deutschen Volk muß der Wille aufflammen zur Ueberwindung von Streit und Vielregiererei. Das dritte Reich gilt es zu zimmern, das die ganze Nation in gesunder Gliederung zusammenschließt nach dem Worte des Freiherrn vom Stein: „Ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland!"

Der Aufruf weist zahlreiche bekannte Namen von allen Parteirichtungen und aus allen Gegenden Deutschlands auf. Auch mehrere Mitglieder der Zentrumspartei sind darunter. Von den Vorstandsmitgliedern gehört der Dr. Horion, der Landeshauptmann der Rheinprovinz, zur Zentrumspartei.

Die treibende Kraft in diesem Bunde ist natürlich der frühere Reichskanzler Dr. Luther, von dessen Berliner Büro in letzter Zeit häufig die Rede war.

Der Orkan am Mittelrhein.

() Koblenz, 7. Jan. Ein furchtbarer orkanartiger Sturm brachte gestern abend hier und in der weiteren Umgebung mannigfache Schäden mit sich. Im benachbarten Urbar wurde der Dachstuhl eines im Sommer erst neuerbauten Saales vollständig abgerissen und auf die Straße geschleudert. Bei dem Sturz wurden die Leitungsdrähte der Ueberlandzentrale zerstört, so daß die ganze Ortschaft ohne Licht war. Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen.

Sturmschäden in Hamm.

-!- Hamm i. W., 7. Jan. Der gestrige schwere Südweststurm hat in Hamm erhebliche Schäden angerichtet. In der Stadt selbst wurden an mehreren Stellen große Schaufenster eingedrückt. Zahlreiche Dachschäden sind zu verzeichnen. Die Zahl der vom Sturm umgelegten Antennenmaste geht in die Hunderte.

★

Sturmschäden in München.

-!- München, 7. Jan. Nachdem am Dreikönigstage bereits gegen Mittag leichtes Schneetreiben begonnen hatte, setzte am späten Nachmittag ein heftiger Sturm ein, der in München verschiedentlich an den Hausdächern und in den Anlagen Schaden anrichtete. Eine 30 Zentimeter starke Fichte wurde geknickt und quer über die Straße geworfen, ein großes Auslagefenster wurde eingedrückt, Dachschutzbretter, die wegen Spenglerarbeiten angebracht waren, abgerissen und auf die Straße geworfen. An einem anderen Hause wurde ein Blechdach zum großen Teil abgedeckt. Die Feuerwehr behob in allen Fällen die Schäden und beseitigte die Gefahr. Personen scheinen nicht zu Schaden gekommen zu sein.

Von Nah und Fern.

Wintersport im Sauerland.

Elberfeld, 7. Jan. Nach einer Mitteilung der Pressestelle der Reichsbahndirektion betrug heute morgen gegen 10 Uhr in Winterberg die Temperatur am Astenberg minus 2 Grad. Da die Schneehöhe am Astenberg etwa 15 Zim. beträgt, andererseits aber Nordwestwind herrscht und nach einem leichten Schneetreiben heute früh noch mit weiterem Schneefall gerechnet wird, hat sich die Reichsbahnverwaltung entschlossen, den Sport-Sonderzug von Duisburg und den von Düsseldorf (über Essen, Bochum, Witten bezw. Elberfeld—Hagen) nach Winterberg verkehren zu lassen.

Der Verkehrsverein Winterberg meldet: Skibahn ab 1. Januar brauchbar, erwarten im Laufe des Tages Neuschnee. In Willingen und Meinerzhagen keine Sportmöglichkeiten.

Keine Veruntreuungen beim Verein für das Deutschtum im Ausland.

-!- Berlin, 7. Jan. Der Verein für das Deutschtum im Ausland, Deutscher Schulverein, e. V., Berlin, weist in einer Mitteilung darauf hin, daß die durch die Zeitungsnotiz bekannt gewordenen Veruntreuungen nicht beim V. D. A., sondern bei einem anderen, in keinerlei organisatorischer Beziehung zum V. D. A. stehenden Verbande erfolgt sind.

Mißglückter Raubüberfall auf einen Berliner Kassenboten.

◆ Berlin 7. Jan. Ein 17jähriger Kassenbote wurde gestern mittag, als er von einer Zweigstelle der Darmstädter Bank einen Betrag von 5300 ℳ abgeholt hatte, im Hausflur überfallen. Der Bote, dem der Räuber Pfeffer in die Augen gestreut hatte, setzte sich zur Wehr und der Räuber mußte ohne Beute flüchten. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei blieben bisher ohne Erfolg.

Das Kammergericht in der Rasputin-Vorstellung.

♥ Berlin, 7. Jan. In dem Rechtsstreit zwischen dem Exkaiser und der Piscator-Bühne, der gegenwärtig vor dem Kammergericht schwebt, hat der Urheberrechtssenat des Kammergerichts gestern der Rasputin-Vorstellung beigewohnt, um sich ein Bild darüber zu machen, ob die Darstellung des Exkaisers für diesen kränkend ist. Zu diesem Zweck wurde gestern abend ausnahmsweise die Rolle des Kaisers gespielt, dessen Darstellung bekanntlich durch Landgerichtsbeschluß verboten war.

Eine deutsche Fliegerin verunglückt.

◇ Leipzig, 7. Jan. Frau von Schönberger-Kranefeld, eine der wenigen deutschen Fliegerinnen, ist gestern in Leipzig lebensgefährlich abgestürzt.

Mord an einer Dirne.

Altona, 7. Jan. Heute früh gegen 5 Uhr wurde die 31 Jahre alte Prostituierte Maria Leck in ihrer Wohnung erwürgt aufgefunden. Die Leiche lag vollständig entkleidet im Bett. Da anscheinend nichts geraubt ist, dürfte ein sexuelles Motiv vorliegen. Nach Angabe der Wirtin ist die Leck gegen 4 Uhr mit einem Mann nach Hause gekommen. Kurz darauf will die Wirtin, die im Nebenzimmer schlief, Röcheln gehört haben.

Ehrung eines Emden-Kämpfers.

Saarbrücken, 7. Jan. Der Maschinist Hans Junk von der Emden hat vom Reichspräsidenten die Genehmigung erhalten, in seiner Familie künftig den Namen Junk-Emden zu führen.

Eistod tausender Wildenten.

+ Langeoog, 4. Jan. Der scharfe Ostwind hat nach dem Tauwetter um Weihnachten zum Jahreswechsel plötzlich ganz erheblichen Frost gebracht. Infolgedessen hatten sich Tausende von Wildenten am Rande des [illegible] der ostfriesischen Nordseeinseln von Juist bis Wangeroog längs der Küste angesammelt, um im offenen Wasser nach Nahrung zu suchen. Diese Tiere hatten sich in den letzten Nächten auf das überflutete Eis zur Nachtruhe niedergelassen. Sie sind restlos mit den Füßen auf dem Eise festgefroren. Soweit es möglich war, hat man die Wildenten durch Abschießen vor einem qualvollen Tode bewahrt. Die meisten der Tiere, die so Tausende, sind aber den Eistod gestorben und für die menschliche Nahrung nicht mehr brauchbar, ganz abgesehen davon, daß die meterhohen Eisschollen ein Herankommen an die noch lebenden, festgefrorenen Tiere unmöglich machten.

Von Wölfen aufgefressen.

◆ Brünn, 7. Jan. In dem slowakischen Dorfe Marmarosziget wurden seit den Weihnachtsfeiertagen elf Mädchen vermißt, die an einem Vormittag gemeinsam in ein Nachbardorf gegangen waren, und über deren Schicksal man bisher im unklaren war. Erst jetzt wird bekannt, daß die Mädchen, als sie sich auf dem gemeinsamen Heimweg befanden, im Walde von einem Rudel Wölfe angefallen wurden. Alle elf Mädchen wurden von den Raubtieren, die der Hunger in die Nähe der menschlichen Ansiedlungen getrieben hatte, buchstäblich aufgefressen.

Schwere Explosion in einer französischen pyrotechnischen Fabrik.

Paris, 7. Jan. Wie Havas aus Avignon meldet, ereignete sich gestern nachmittag in einem Atelier einer Fabrik für Feuerwerkskörper in Montauy eine starke Explosion. Ein Arbeiter wurde getötet, mehrere andere erlitten Verletzungen. Von den Schwerverletzten sind zwei, wie das „Journal" berichtet, unmittelbar nach ihrer Ueberführung in das Krankenhaus gestorben.

Ein eigenartiges Duell in Wilna.

:: Warschau, 6 Jan. Nach Meldungen aus Wilna fand gestern dort zwischen einem Oberleutnant und einem Studenten ein eigenartiges Duell statt. Die beiden Duellanten schlossen sich ohne Zeugen in ein Zimmer ein, verbanden sich die Augen, löschten das Licht aus und schossen aufeinander. Nach fünf Minuten sah man beide nach ärztlicher Hilfe. Mit Kopf- und Lungschüssen wurden sie in schwerverletztem Zustande in ein Krankenhaus gebracht. (Gehören sie nach ihrer Federherstellung ins Irrenhaus oder ins Gefängnis?)

Ein belgisches Schulschiff gestrandet.

⊙ Newyork, 6. Jan. Die Radiostation Palmbeach hat Notsignale des belgischen Schulschiffes „L'Avenir" aufgenommen, das bei der äußeren Gruppe der Bahama-Inseln gestrandet ist.

Erdstoß.

-!- Washington, 7. Jan. Vom Seismographen der Universität Georgetown wurde gern um 3,36 Uhr nachmittags ein starker Erdstoß verzeichnet, dessen Herd 6200 englische Meilen von Washton entfernt sein dürfte.

Jungfernfahrt der „Saloga".

○ Philadelphia, 6. Jan. Das Flugzeug-Mutterschiff „Saratoga", dessen Bau mehr als 40 Millionen Dollar gekostet hat, hat heute seine Jungfernreise nach der Westküste angetreten. Um das Schiff, das 888 Fuß lang ist, aus der Werft in den Kai des Delaware zu ziehen, waren sieben Schlepper erforderlich. Das Schiff, dessen Besatzung einschließlich der Flieger 2000 Mann zählt, wird dem Verband der Flotte für den Pacific angegliedert.

Der transatlantische Postverkehr.

Buenos Aires, 5. Jan. Ein heute veröffentlichtes Dekret nennt den 1. März als Tag für den Beginn des transatlantischen Postflugverkehrs der von den Latecoere-Gesellschaften zwischen der argentinischen Republik und Europa durchgeführt werden soll.